



Haußmann: Baden-Württemberg muss im Bundesrat Interessen der Modellflieger wahren

Im Vorfeld der morgigen Sitzung des Bundesrats mit der Beratung zur Verordnung zur Regelung des Betriebs von unbemannten Fluggeräten (Bundesrats-Drucksache 39/17) sagte der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Jochen Haußmann**:

„Ich sehe die Landesregierung in der Pflicht, morgen im Bundesrat die berechtigten Interessen der Modellflieger aufzugreifen und die vorgeschlagenen Änderungen mitzutragen. Eine generelle Höhenbegrenzung auf 100 Meter würde für viele sachkundige und verantwortungsbewusste Modellflieger das Aus bedeuten.“

Haußmann zeigte sich enttäuscht darüber, dass die grün-schwarze Landesregierung trotz seines Antrags „Auswirkungen der Verordnung zur Regelung des Betriebs von unbemannten Fluggeräten auf Steuerer von Flugmodellen“ (Landtags-Drucksache 16/1563) nicht selbst aktiv geworden sei. „Offenbar gibt es in unserer Landesregierung kein offenes Ohr für die Belange der Modellflieger. Ich bin froh, dass andere Länder hier weiter sind. Ich fordere nun die Landesregierung auf, die vorgeschlagenen Verbesserungen aktiv zu unterstützen“, betonte Haußmann. Es werde verkannt, dass es zwischen fachkundigen Modellfliegern, die häufig in Vereinen verantwortliche Arbeit leisteten und wüssten, wie man sich im Luftraum zu verhalten habe und ‚Drohnen-Amateuren‘ einen fundamentalen Unterschied gebe, dem nun endlich Rechnung zu tragen sei.

„Es kann nicht angehen, dass man wegen der Drohnen-Problematik quasi das Kind mit dem Bade ausschüttet und den bisher ungefährlichen Modellflug gleich mit in Haftung nimmt und wesentlich erschwert oder gar abwürgt“, stellte Haußmann abschließend klar.

Hinweis: Den Antrag finden Sie hier: [1563 Stn LuftVO](#)